

Die Brot- und Mehlquote muß doch erhöht werden!

Das Ernährungsamt hat sich heute zu einer Leistung im Dienste der Volksernährung aufgeschwungen. Es erklärt, daß es unmöglich sei, die vom „Abend“ geforderte Erhöhung der Brot- und Mehlquote zu bewilligen und versucht, diese Behauptung zu begründen. Wir erklären vorweg, daß alles, was das Ernährungsamt zur Erklärung seines Standpunktes anführt, nichts anderes als faule Ausreden sind, und glauben, daß es uns im Gegensatz zum Ernährungsamt gelingen wird, unseren Standpunkt wirklich zu begründen.

Zunächst gibt das Ernährungsamt zu, was bisher sorgsam verheimlicht wurde, daß in Bern mit den Ententevertretern auf der Grundlage eben derjenigen Quote verhandelt wurde, die der „Abend“ jetzt verlangt, nämlich $1\frac{1}{2}$ Kilogramm Brot und $\frac{1}{2}$ Kilogramm Mehl für den Kopf und die Woche. So weit sind also die für unsere Ernährung verantwortlichen Herren gesündigt. Dann erzählen sie aber in der von den heutigen Morgenblättern (sie sind jetzt alle offiziös) breit abgedruckten Erwiderung, daß es nicht gelungen sei, bei den Verhandlungen mit der interalliierten Lebensmittellkommission in Wien mehr als 24.000 Tonnen Getreide zu erhalten, die bei der jetzigen Quote nur bis Mitte Februar reichen. Wir ersuchen nun das Volksernährungsamt, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, warum es nicht gelang, von der Entente mehr zu erreichen. Wir können die Antwort heute schon geben, der Grund kann nur in der Launheit, um nicht zu sagen Gewissenlosigkeit der Wiener Unterhändler zu suchen sein, denn wir wissen sehr genau, mit welchem Entgegenkommen, welcher Redlichkeit und wieviel Verständnis die Ententevertreter in Wien ihrer Aufgabe gerecht wurden.

Sehen wir aber von den Ententeverhandlungen ganz ab. Geben wir zu, daß es wirklich nicht möglich gewesen wäre, von der Entente mehr zu erhalten. Gibt es denn in Deutschösterreich gar kein Getreide, um Zuhilfenahme der Ententequoten zu ermöglichen? Der Viehbedarf der Stadt Wien beträgt bei den jetzt ausgegebenen Quoten 250 Waggons wöchentlich. Was wir verlangen, ist eine Erhöhung um zwei Fünftel, also von hundert Waggons wöchentlich. Nehmen wir weiter an, daß die Entente auch durch die nächsten vier Wochen hindurch nur die jetzigen Zuschüsse leisten wird — wir halten es für selbstverständlich, daß ihre Anlieferungen später erhöht werden müssen, um die von uns geforderte Quote zu erzielen — nehmen wir also an, daß die Entente in den nächsten vier Wochen wirklich nur soviel liefert wie bisher, will der Herr Staatssekretär für Volksernährung, wollen seine Ernährungsdirektoren, die Herren Zehetbauer, Parrer, Penzig-Franz, Eldersch, Stratosch, behaupten, daß es unmöglich sei, in vier Wochen aus ganz Deutschösterreich 400 Waggons Getreide herauszurequirieren? Und wenn dies nicht zur Gänze geht, weil die Bauern jetzt von den christlich-sozialen und deutschnationalen Wahlwerbbern geschont werden, wollen sie behaupten, daß ein Bruchteil dieser 400 Waggons nicht aus Galizien, aus Böhmen, aus Ungarn, aus Serbien, aus Rumänien zu erreichen wäre, wenn eine gewissenhafte Verwaltung diese Angelegenheit wirklich mit Feuereifer betriebe? Wir glauben nicht nur, wir sind überzeugt, daß dieser Erfolg zu erzielen wäre und daß unser trostloser Zustand nur daher herrührt, weil Menschen an unserer Spitze stehen, die ebenso wie früher die Beamten des absolutistischen Regimes glauben, daß sie der armen Bevölkerung alles zumuten dürfen.

Was geht vor?

Wir verlangen heute ferner nochmals Aufklärung, warum der deutschösterreichischen Kommission, die in Paris über die Lebensmittelfrage verhandeln soll, kein Vertreter der Stadt Wien beigezogen wurde.

Diese Kommission hat am 1. Februar Wien verlassen und zu unserem Erstaunen hören wir, daß sie sich gestern, am 10. Februar, nicht an ihrem Bestimmungsort Paris befand, sondern noch immer in Bern saß. Den vom Staatsamt des Aupern ausgesandten drei Schwälben, Schüller, Grünberger und Abler, die Deutschösterreich hätten retten sollen, ist es also bisher nicht gelungen, die Einreisebewilligung nach Frankreich zu erhalten. Wenn diese Herren weiterhin mit soviel Geschick arbeiten, so können die Wiener schon heute den Gürtel enger schnallen. Es scheint, daß niedrige Intrigen ins Werk gesetzt werden, um

einen Vertreter Wiens nicht ins Ausland gelangen zu lassen, denn schon vor etwa zehn Tagen hat die Wiener Gemeindeverwaltung vom Staatsamt des Aupern für einen Vertreter der Stadt eine Einreisebewilligung in die Schweiz verlangt. Noch immer ist diese Bewilligung nicht da, aber inzwischen konnte eine ganze Reihe von Kriegsgewinnern und Kolonnen aus Deutschösterreich nach der Schweiz gelangen. Wir verlangen also Aufklärung, warum verhindert wird, daß ein Vertreter der nockleidenden Stadt Wien den Verhandlungen beigezogen werde.

Die Herren mögen die Angelegenheit nicht auf die leichte Achsel nehmen. Unsere Zukunft hängt davon ab. Die Bevölkerung kann von der jetzigen Quote nicht leben und wir unterlassen es, den Teufel an die Wand zu malen. Was durch ernste Verhandlungen zu erzielen ist, haben wir an dem Beispiel der Deutschen unterhändler, denen in Spa 200.000 Tonnen Weizen und Weizenmehl zugesagt wurden. Die Deutschen werden sicherlich nicht ihre Lebensmittelquoten, die viel höher sind als unsere, herabsenken, sondern sie werden das tun, was gewissenhafte Leute tun müssen, nämlich alles in Bewegung setzen, um der Bevölkerung das Leben zu ermöglichen. Wir behaupten, daß die deutschösterreichische Regierung nicht mit dem Eifer vorgegangen ist, den sie hätte zeigen müssen. Die Herren würden wahrscheinlich ganz anders reden, wenn sie selbst von den Lebensmittelquoten leben müßten. So wie die jetzt abgesetzten Generale schiden sie das Volk von sicherer Stelle aus in den Hungerschützengraben. Der Herr Staatssekretär für Volksernährung will uns beweisen, daß er nicht mehr aufbringen kann, er vergleicht aber den schon lange erbrachten Beweis, daß die Bevölkerung bei der jetzigen Quote Hungers sterben muß.